

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 115 (1989)
Heft: 9

Artikel: Schiebung im Bundesrat
Autor: Hofer, Bruno
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-601259>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Schiebung im Bundesrat

VON BRUNO HOFER

Zuerst war eigentlich alles klar: Die Volksinitiative zur Abschaffung der Schweizer Armee sollte im Juni zur Abstimmung gelangen. Dieser Termin wurde möglich, weil die Ständeräte in der Sondersession von Ende Februar das Dossier eilig auch noch über ihre Pulte liessen.

Doch dann kam alles anders. Die Sozialdemokraten beschlossen, an einem ganz speziell dafür hergerichteten Parteitag vom 3. Juni über das Begehren der «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee» (GSoA) unter Federführung des Zürcher Politologen Andreas Gross zu beraten, oder besser gesagt: Die Sozialdemokraten wollen an diesem Sonderparteitag Wege finden, um sich am Thema vorbeizuschmuggeln, damit sie es nicht debattieren müssen.

Der Bundesrat hat ein Herz für die von einer Zerreihsprobe gebeutelte Sozialdemokratie. Da der Sonderparteitag der Sozialdemokraten nur einen Tag vor dem ursprünglich vorgesehenen Abstimmungstermin vom 4. Juni angesetzt ist, verschob die Landesregierung den Urnengang vorerst auf den 24. September.

Bundesrat diktiert das Tempo

Trotzdem hätte am 14. Juni zusammen mit der ursprünglich vorgesehenen Kleinbauerninitiative auch noch über das Volksbegehren Tempo 130/100 befunden werden sollen. Auch dieses vom Basler Automobiljournalisten Bernhard Böhi eingereichte und mittlerweile von der Autopartei anektierte Begehren ist nach dem Nein von Bundesrat und Parlament reif für den Urnengang, den der Bundesrat gewaltig fürchtet. Die Annahme der Initiative ist nämlich durchaus nicht ausgeschlossen. Sie bedeutet für den Bundesrat, dass er die Macht und Kompetenz verliert, in eigener Regie auf verschiedenen Schweizer Strassen das Tempodiktat auszuüben.

Eifersüchtig wachte er bisher über diese Herrlichkeit, nicht einmal das Parlament liess er dreinreden. Obwohl die Mehrheit aller Deputierten am 7. Februar 1985 eine Motion und am 16. März 1987 ein Postulat für Tempo 100 überwiesen hatte (damals redeten alle vom Waldsterben), verweigerte

te der Bundesrat den Gehorsam mit dem Argument, in diesem Gärtlein habe das Parlament nichts zu jäten und nichts zu säen.

Der Bundesrat geniesst diese Entscheidungsfähigkeit dermassen, dass er stunden-, ja tagelang darüber zu debattieren pflegt. Zweimal verschob er einen fälligen Entscheid über die definitive Ablösung des noch bis Ende Jahr gültigen Temporegimes 80/120. Zuerst sagte er, der Entscheid falle bei Vorliegen eines Expertenberichts über die Auswirkungen von Tempo 80/120 während der Versuchssperiode zwischen 1985 und 1987. Der Bericht kam im letzten Herbst, doch der Entscheid wurde vertagt.

Später, am 4. Oktober, beruhigte Bundesrätin Elisabeth Kopp die Nationalräte, der Bundesrat werde den Tempoentscheid «sachlich und mit der üblichen Weisheit treffen». Sie versprach zudem, «gegen Jahresende» dem Gesamtbundesrat ihren Antrag für die definitive Regelung zu unterbreiten. Am 21. Dezember fand tatsächlich eine Sitzung statt, doch wieder ohne den «sachlichen und weisen» Entscheid.

Verschiebung verschoben

Der dritte Anlauf erfolgte am 13. Februar, abends an einer Klausursitzung, dem mit

grossen Augen auch der neue Bundesrat Kaspar Villiger folgen durfte. Der weise Entscheid lautete: Über die Tempoinitiative stimmen wir erst im November ab, nicht bereits im Juni. Warum? Den Schlüssel lieferte Achille Casanova, der Sprecher des Bundesrates, wie immer in etwas rätselhafter Verpackung. Die Begründung steckt nämlich in jener für die Verschiebung der Abstimmung über die Armeeabschaffungsinitiative.

Diese wird nämlich – auch das eine Frucht der Klausursitzung – nicht im September zur Abstimmung gebracht, wie im zweiten Anlauf vorgesehen, sondern erst im November.

Der Grund liegt jetzt nicht mehr in den Sozialdemokraten, sondern in den 50-Jahre-«Feierlichkeiten» zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, die in der zweiten Augusthälfte landauf, landab mit grossem Einsatz, Eifer und Fröhlichkeit über die Bühne gehen sollen. Training für 1991. Der Start erfolgte bereits, und zwar in Genf, wo 1500 Ehemalige am 11. Februar den «Dank an die Mobilisierten von 1939/45» mit Suppe und Spatz, Reden, Geselligkeit und einer General-Guisan-Gedenkmedaille als Ehrensold feierten. Der Bund übernahm eine Defizitgarantie, die gleich hoch sein darf wie die Leistung von Republik und Kanton Genf. Etwa 15 000 Franken dürften es sein.

Das Genfer Beispiel weckte die Verantwortlichen im EMD unsanft. Rechnen kann man zwar in Bern auch und wusste deshalb um das Jubiläum. Doch fühlte man sich im Bundeshaus-Ost von den Festlichkeiten regelrecht überrumpelt. «Wir haben den Druck aus dem Volk völlig unterschätzt», gesteht man hinter vorgehaltener Hand und ist nun eilig daran, einen Nachtragskredit von mehreren Millionen Franken durchs Parlament zu schleusen, um die Festakte zu kanalisieren und nicht alles aus dem OKK-Truppenkredit berappen zu müssen.

Von Jubiläen umzingelt

Wenn alles gut geht, darf das Parlament die Kredite sogar noch beschliessen, bevor sie in der zweiten Hälfte des Monats August an einer wahren Kaskade von Feierlichkeiten in fast allen grossen Schweizer Städten ausgegeben werden. Um den Eindruck zu vermeiden, hier würden Militärfeiern als Gegenpropaganda zur Volksinitiative eingesetzt, hat die Landesregierung das Abstimmungsdatum aus der nachfestlichen Katerzeit weg in den November hinein verlegt. Bis dann sollte alles wieder verbracht sein.

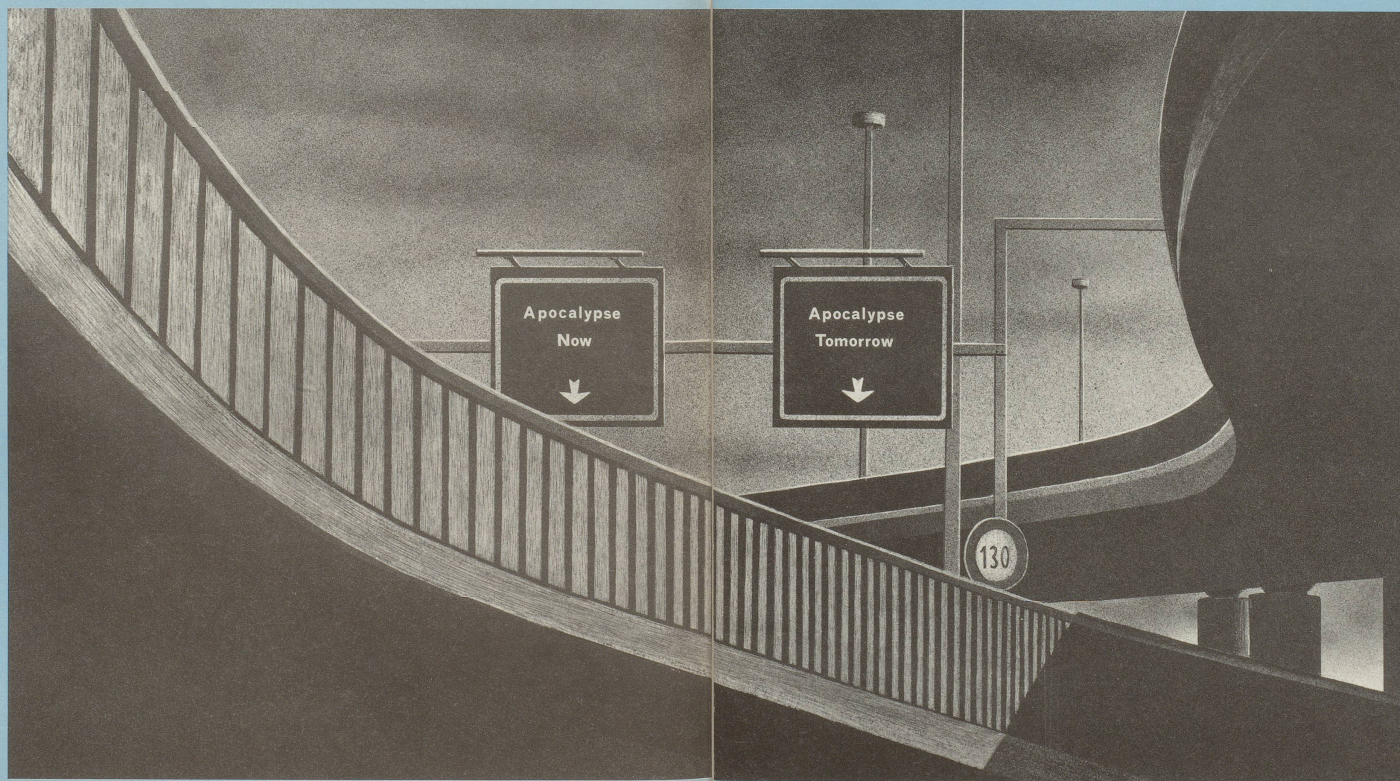
Doch der Bundesrat hat etwas gelernt: Unterschätze nie die Jubiläen. Genau aus diesem Grund wurde jetzt auch die Volksabstimmung über die Tempo-Initiative, die dem entscheidungsfreudigen Bundesrat so sehr am Herzen liegt, vom Juni in den November verschoben.

Denn auch die Tempofrage ist von einem Jubiläum umzingelt. Im Juni jährt sich genau zum 30. Mal der Jahrestag der ersten Tempolimits auf Schweizer Strassen: Am 1. Juni 1959 wurde Tempo 60 innerorts ausgesprochen. Und wer weiss, wie gross der «Druck aus dem Volk» zur Feier dieses Jubiläums werden wird. Die «Schiebung» im Bundesrat entpuppt sich wieder einmal als äusserst weiser Ratschluss unserer Landesväter.

Übrigens ...

... muss man nicht alles auf den Kopf stellen, um etwas auf die Beine zu stellen!

am



DANIEL FEHRBACH